

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/249

29. Dezember 1976

Den sozialen und inneren Frieden bewahren

---

1977 erfordert von uns Realitätssinn und den Willen zur Solidarität

Von Helmut Schmidt MdB  
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und  
stellv. Vorsitzender der SPD

Seite 1 bis 3 / 108 Zeilen

Auf sicheren Grundlagen die Zukunft meistern

---

Ausgewogenheit der sozialliberalen Koalition garantiert Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben

Von Prof. Dr. Hans G. Schachtschabel MdB  
Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 66 Zeilen

Erfahrungen mit der Reform des § 218

---

Zu den Beihilferichtlinien und der sozialen Notlagenindikation

Von Jürgen Egert MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 6 / 23 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 320 408  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 90 38/39  
Telex: 08 86 816-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Den sozialen und inneren Frieden bewahren  
-----

1977 erfordert von uns Realitätsinn und den Willen zur Solidarität

Von Helmut Schmidt MdB

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und stellv. Vorsitzender der SPD

Das zu Ende gehende Jahr 1976 hat uns hinsichtlich dessen, was wir uns vorgenommen hatten, Erfolge gebracht. Heute vor zwölf Monaten hatte ich gesagt: Die Arbeitslosigkeit wird im Laufe des Jahres abnehmen. Vollbeschäftigung wird noch nicht erreicht werden, denn zunächst wird die Kurzarbeit abgebaut. Heute können wir feststellen: Wir konnten Wort halten.

Wir konnten auch erreichen, daß unsere wirtschaftliche Leistung wieder zunimmt und die meisten, vor allem die Rentner, heute materiell besser dastehen als vor einem Jahr. Die Bundesrepublik Deutschland ist wirtschaftlich und sozial durch das dritte Jahr der Weltwirtschaftskrise sicherer und erfolgreicher durchgekommen als die meisten anderen Staaten.

Dem neuen Jahr 1977 und seinen Herausforderungen können wir durchaus mit nüchternem Optimismus entgegensehen. Ich bin davon überzeugt, daß wir unsere wirtschaftlichen Grundlagen sichern und die Arbeitslosigkeit weiter eindämmen können, wenn wir alle - die Unternehmer, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften und die verantwortlichen Politiker - uns Mühe geben und weiter die bewährte Solidarität untereinander aufbringen. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir erlebt, daß die Einsicht und die Bereitschaft der Sozialpartner zur Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland zu einem sozialen Klima geführt haben, in dem gemeinsam auch schwere Belastungen überwunden werden können.

Es ist uns gelungen, in einer sehr stürmischen Zeit, in der mancher der anderen Staaten gewaltigen Schwierigkeiten gegenübersteht, die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam als ein blühendes und freizügiges Land zu erhalten, in dem wir uns auf das eigene Urteil der Bürger verlassen können, die überwiegend mit ihrer materiellen Lage zufrieden sind und es deshalb nicht nötig haben, pessimistischen Stimmungen zu folgen.

Auch in den kommenden Jahren müssen wir uns freilich Mühe geben. Die Sicherung unserer Lebensgrundlagen erfordert von der Regierung, von den Sozialpartnern und von jedem einzelnen Bürger ein hohes Maß an Kraft und

Solidarität. Die Wähler haben ihren Auftrag erteilt. Die Bundesregierung wird es an Einsatz für diesen Auftrag nicht fehlen lassen. Wir werden dafür arbeiten, daß wir als guter Nachbar und Partner zur Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt beitragen; wir brauchen den Frieden vor allem anderen - die Älteren unter uns wissen dies vielleicht noch genauer als die Jüngeren.

Wir werden uns bemühen, die Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen; für uns ist es selbstverständliche Pflicht, in gemeinsamer Verantwortung den sozialen und inneren Frieden zu bewahren und unser soziales Netz zu festigen und im Gesundheitswesen wirtschaftlicher zu machen. Wir müssen zusammen mit vielem anderen die Chancen unserer Kinder und unserer Jugend insbesondere in Bildung und Beruf verbessern. Sei der Lösung all dieser Aufgaben kann nicht jeder mit unseren Vorschlägen einverstanden sein; für uns als Bundesregierung kommt es nicht darauf an, Interessen einzelner oder einzelner Gruppen zu vertreten, sondern den fairen Ausgleich zwischen verschiedenen Standpunkten und Interessen durchzusetzen. Das muß in der Politik ebenso geschehen wie in der Familie und im Betrieb. Ich möchte alle Mitbürger herzlich darum bitten, das immer zu vertreten.

Gerade weil die Bundesregierung für alle da ist - und nicht nur für diejenigen, die sie gewählt haben - muß sie den größeren Nenner des Gesamtinteresses finden, sie kann es deshalb auch nicht jedem einzelnen recht machen. Vielleicht haben es Wahljahre mit ihren Wahlkämpfen an sich, daß manche diese Selbstverständlichkeit aus den Augen verlieren. Im Blick nach vorn auf 1977 müssen wir alle wieder mehr daran denken.

Wir haben nicht erwartet, daß die Regierungserklärung, die ich für die sozialliberale Koalition abgegeben habe, bei allen Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen auf Beifall stößt. Noch nie hat eine Regierungserklärung den Beifall aller erhalten. So etwas gibt es nur in Staaten, die den Beifall befehlen. Eines ist allerdings aus dem Echo auch deutlich geworden: Es gibt zwar noch immer Gruppen, die sich gegen jede Veränderung aussprechen und hart kritisieren, wenn der Staat ihnen nicht regelmäßig neue Vorteile verspricht; es mehrt sich jedoch die Zahl derjenigen, die unsere Vorschläge selbst dann mittragen wollen, wenn sie nicht nur Freude, sondern vielleicht sogar Verzicht bedeuten. Wir nehmen dieses Echo dankbar auf als ein Zeichen der Ermutigung dafür, daß wir in einem Land mit freien Bürgern aus freiem Entschluß auch Unpopuläres verwirklichen können, wenn es nötig ist.

Ich meine hier nicht den sprichwörtlichen Mut zur Unpopularität, hinter dem sich bisweilen bloß politisches Kraftmeiertum verbirgt. Sondern ich meine eine Politik, die vom Realitätsinn der Bürger getragen ist und die deshalb mit ruhiger Hand geführt werden kann. Zu diesem Realitätsinn gehört, zu erkennen, daß im vierten Jahr der Weltrezession niemand mehr in der Welt aus dem Vollen schöpfen kann. Ich bin sicher, daß diese Erkenntnis bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern viel weiter verbreitet ist, als manche lauten Äußerungen von Kritikern es erscheinen lassen. Daß in dieser besonderen Situation nun wirklich nicht jeder nur an sich denken kann und darf, verstehen wohl alle. Wir brauchen die Solidarität der Generationen; die im Beruf Stehenden üben sie gegenüber den Jungen, die den Beruf noch vor sich haben gegenüber den Älteren, für die der Lebensabend begonnen hat. Jeder soll sich auf diese Solidarität verlassen können; das geht aber nur, wenn niemand die Solidarität der anderen überfordert.

Im Verhältnis zu den anderen Staaten der Welt gilt das gleiche. Uns ist nach einem schrecklichen Kriege von anderen, die wir inzwischen zu unseren Freunden zählen dürfen, zur Selbsthilfe geholfen worden. Heute und morgen sind wir gefordert, anderen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Wir tun das schon lange; aber die Anforderungen werden wachsen. Europa, das Nordatlantische Verteidigungsbündnis, die Entwicklung der Dritten Welt - das alles ist nicht kostenlos zu haben. Wir nehmen unsere Verpflichtungen ernst. Wir müssen nur wissen: Was wir in Erfüllung unserer Aufgaben anderen geben, können wir nicht gleichzeitig selbst und für uns behalten. Solidarität kann nicht nur im Empfangen bestehen. Ihre Bewährungsprobe besteht sie erst im Geben.

In den letzten Jahren - ich möchte das zum Abschluß eines politisch bewegten Jahres einmal sagen - habe ich den Eindruck gewonnen, daß viele Mitbürger zwischen ihrer privaten Welt - ihren persönlichen Interessen, ihren Einkommensvorstellungen und ihren familiären und beruflichen Plänen - und dem Staat einen dicken Trennungsestrich ziehen und der Meinung sind, daß der Staat nichts anderes täte, als sie ohne spürbare Gegenleistung mit Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen zu belasten. Solche Vorstellungen, die manchmal aus parteitaktischem Interesse sogar noch angeheizt und ausgenutzt werden, halte ich nicht nur deshalb für falsch, weil dabei die vielfältigen Leistungen einfach vergessen werden. Ich halte sie auch für gefährlich für unsere Demokratie. Denn der Staat - das sind wir alle, um es mit den Worten unseres früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann zu sagen. Und wir alle tragen gemeinsam Verantwortung für unseren Staat und seine Leistungen an seine Bürger und an andere Staaten oder Staatengemeinschaften.

Mehr Bereitschaft zu dieser gemeinsamen Verantwortung wäre - so meine ich - eine gute Ausgangsbasis für das Jahr 1977. (-/29.12.1976/bgy/pr)

Auf sicheren Grundlagen die Zukunft meistern

Ausgewogenheit der sozial-liberalen Koalition garantiert Bewältigung  
der vor uns liegenden Aufgaben

Von Prof. Dr. Hans G. Schachtschabel MdB  
Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Die Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 hat die sozialliberale Bundesregierung bestätigt und ihr den Auftrag erteilt, auch für die nächsten vier Jahre Regierungsverantwortung zu tragen. Dieser demokratischen Entscheidung gemäß ist Helmut Schmidt erneut zum Bundeskanzler gewählt worden. Er hat sein Kabinett gebildet und eine Regierungserklärung abgegeben. Damit sind sichere Grundlagen für eine weitere erfolgreiche Regierungspolitik geschaffen worden.

Während im sozialliberalen Lager die dafür erforderlichen Vorbereitungen im wesentlichen reibungslos abgelaufen sind, haben CDU und CSU ein Bild innerer Zerrissenheit und unausgegorener gegenseitiger Machtansprüche geboten, nunmehr übertüncht von einer mühselig geflickten Fraktionseinheit. Wer bislang noch daran glaubte, CDU und CSU seien zumindest eine fraktionelle Einheit oder Helmut Kohl und Franz Josef Strauß hätten ein abgewogenes Positionsverhältnis gefunden, ist schnell eines Besseren belehrt worden. Die Querelen in der notdürftig geleimten Fraktionseinheit von CDU und CSU sind keineswegs zu Ende - die Lunte glimmt weiter, neue Brände können jederzeit entstehen. Das lassen allein schon die Ausführungen der beiden Oppositionsredner zur Regierungserklärung erkennen. Es wird noch manches an oppositioneller Uneinlichkeit folgen, möglicherweise - wie gehabt - auch an persönlichen Auseinandersetzungen.

Natürlich hat auch die sozialliberale Koalition gewisse Schwierigkeiten meistern müssen; sie wird auch von unvorhersehbaren Entwicklungen nicht verschont bleiben. Doch garantiert ihre innere Ausgewogenheit sowie das gemeinsam getragene regierungspolitische Konzept die zügige und erfolgreiche Bewältigung bestehender oder aufkommender Probleme.

Grundlage ist eine Politik der Konsolidierung. Auf wirtschaftlichem Gebiet geht es dabei im Rahmen einer "wachstumspolitischen Vorsorge" vorrangig um die Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung. Schwerpunkte sind die Verbesserung der Lebensqualität der Bürger sowie der Infrastruktur, insbesondere der Verkehrsverhältnisse. Diese Ausrichtung wird auch zu positi-

ven Auswirkungen im Rhein-Neckar-Raum führen. Nicht minder wichtig ist die Betonung der Strukturpolitik, die "besonders sensiblen Berrichter" von Nutzen sein wird. Mit Nachdruck werden dabei die kleinen und mittleren Unternehmen, genauso wie die Selbständigen in Handwerk, Handel und Gewerbe, "als unverzichtbare Bestandteile unserer Gesellschaft" berücksichtigt werden.

Dafür sind wettbewerbpolitisch auch die anstehenden Probleme des Verdrängungswettbewerbs und der Nachfragemacht zu lösen. - Auf gesellschafts- und sozialpolitischem Gebiet steht die Festigung der sozialen Sicherheit im Mittelpunkt, akzentuiert vor allem einerseits durch das Sanierungsprogramm für die Rentenversicherung, andererseits durch die im Gesundheitswesen erforderlich gewordene Kostendämpfung. Aber auch Initiativen für Ausbildungs- und Arbeitsplätze Jugendlicher sind vorgesehen, wie überhaupt "steigende Qualifikationen der Erwerbstätigen" angestrebt werden. Oberstes Ziel bleibt die Sicherung des inneren Friedens durch sozialen Ausgleich und liberale Rechtsstaatlichkeit.

Zweifelloos ist bei der Fortsetzung der Reformen der enger gewordene Finanzspielraum zu berücksichtigen. Jedoch ist sicher, daß nicht nur die erforderlichen Finanzierungsmittel bereitgestellt werden, sondern auch gewisse Korrekturen (z.B. für geschiedene unterhaltspflichtige Väter) oder sogar bestimmte finanzielle Verbesserungen (z.B. Kindergeld) zu erwarten sind.

Für die Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik gilt der Grundsatz der Kontinuität, also weitere und intensive Beziehungen und Bindungen zu den westlichen Demokratien, aber auch Fortsetzung der Entspannungspolitik gegenüber den östlichen Nachbarn sowie zweckmäßige Hilfen für die Entwicklungsländer. Die Stärkung der Lebensfähigkeit Berlins steht außer jedem Zweifel.

Diese klar abgesteckten und sicheren Grundlagen bieten die Gewähr dafür, daß die zahlreichen und vielschichtigen Probleme der Gegenwart wie der Zukunft mit Hilfe einer realistischen sozialliberalen Regierungspolitik erfolgreich bewältigt werden. Keine Einengung, sondern Ausweitung des gesellschaftlichen Freiheitsraumes, aber auch Solidarität in Staat und Gesellschaft - das sind die tragenden Leitlinien einer fortschrittlichen, zukunftsorientierten Politik. Jeder ist aufgerufen, seinen Anteil zur Lösung der gemeinsamen Aufgaben beizutragen: der Unternehmer und Arbeitnehmer genauso wie die Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, vor allem auch die Opposition, deren demokratisch-konstruktive Mitarbeit unerlässlich ist, aber bald wieder spürbar gemacht werden muß, wenn sie nicht zeretriten im Abseits verharren will.

(-/ 29.12.1976/vo/ja)

Erfahrungen mit der Reform des § 218

Zu den Beihilferichtlinien und der sozialen Notlagenindikation

Von Jürgen Egert MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit  
der SPD-Bundestagsfraktion

Erste Erfahrungen mit der Praktizierung der gesetzlichen Regelungen des reformierten § 218 sind in den einzelnen Bundesländern inzwischen gesammelt worden. Die dabei zu Tage getretenen Schwierigkeiten sind in einem Punkt ergänzt worden, der vom Gesetzgeber bzw. von der Exekutive selbst zu vertreten ist.

Im Gegensatz zu der mit dem Strafrechtsänderungsgesetz durch eine Änderung der RVE eingefügten Regelung der Kostenübernahme für nicht rechtswidrige Schwangerschaftsabbrüche, lassen die Beihilferichtlinien nur eine Kostenübernahme bei medizinischer und eugenischer, nicht aber bei der sozialen Notlagenindikation zu. Diese Rechtslage entspricht nicht der Intention des Gesetzgebers.

Die Bundesregierung hat inzwischen reagiert und einen Entwurf zur Änderung der Beihilfevorschriften erarbeitet, der sich an § 200 e und f der Reicherversicherungsordnung in der Fassung des Strafrechtsänderungsgesetzes anlehnt. Dieser Entwurf ist bereits mit den Ländern erörtert worden, bedarf allerdings noch der Abstimmung mit den zuständigen Gremien.

Da beabsichtigt ist, eine rückwirkende Inkrafttretensregelung zu treffen, wird sichergestellt, daß den Beihilfeberechtigten bei der sozialen Notlagenindikation keine Nachteile entstehen und sie ebenso gestellt werden, wie die übrigen Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung.

Mit dieser Angleichung der Vorschriften wird sichergestellt, daß zukünftig der Absicht des Gesetzgebers und den Interessen der Betroffenen zumindest im Leistungsbereich Rechnung getragen wird. (-/29.12.1976/vb/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller